

vom: 2.4.11

„Wir müssen endlich aufhören, Frauen zu bevormunden“

HAN-INTERVIEW Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) und MdB Nicole Bracht-Bendt (FDP)

In den Schlagzeilen steht sie derzeit regelmäßig. Vor allem die Frauenquote für die Vorstandsetagen großer Unternehmen sorgte für allerlei Reaktionen und Kommentare. Doch Kristina Schröder, Bundesfamilienministerin, lässt sich davon kaum beirren. Die HAN trafen die CDU-Politikerin und die FDP-Bundestagsabgeordnete Nicole Bracht-Bendt (Buchholz) im Hamburger Hotel Atlantic. Das Interview führte HAN-Redakteur Wolfgang Becker.

► **HAN:** Warten auf den Nachwuchs im Hause Schröder – gehen Sie eigentlich in Elternzeit?

Schröder: Ich werde wie andere Mütter auch während der gesetzlichen Mutterschutzzeiten zu Hause bleiben. Notwendige Entscheidungen werde ich weiter persönlich treffen. Elternzeit zu nehmen ist weder für meinen Mann noch für mich aus rechtlichen Gründen möglich. Für Abgeordnete, Parlamentarische Staatssekretäre und Minister sieht das das Gesetz nicht vor.

► Was ist eigentlich die Motivation, Frauen nach der Geburt eines Kindes möglichst schnell wieder in den Beruf zu integrieren – finanzielle Absicherung für den Fall einer geschiedenen Beziehung? Gleichberechtigung? Potenzial für den Arbeitsmarkt?

Schröder: Es bleibt ja jeder Frau im Rahmen der Möglichkeiten selbst überlassen, wie lange sie nach der Geburt eines Kindes zu Hause bleibt. Natürlich gibt es da viele Aspekte zu beachten, aber die Entscheidung, wann sie wieder in das Berufsleben zurückkehrt, kann und darf ihr niemand abnehmen. Wir müssen endlich aufhören, Frauen zu bevormunden und ihnen vorzuschreiben, was sie zu tun



Im HAN-Gespräch: Ministerin Kristina Schröder (CDU, links) und Nicole Bracht-Bendt (FDP, MdB). Foto: pzp

zielle Absicherung verantwortlich. Dafür müssen wir Frauen sensibilisieren.

► Das Familienpflegezeitgesetz ist noch ganz neu – wie sind die Reaktionen aus der Wirtschaft? Und wie haben Sie versucht, beispielsweise den Mittelstand zu motivieren? Anders gefragt: Was soll der Unternehmer tun, wenn sich plötzlich ein unverzichtbarer Mitarbeiter abmeldet, um die kranke oder alte Mutter zu pflegen?

Schröder: Viele Unternehmer – gerade aus dem Mittelstand – sagen mir: Gut, dass dieses Problem endlich gelöst wird. Die Deutschen werden immer älter und die Unternehmen sehen sich immer öfter damit konfrontiert, dass ihre Beschäftigten sagen: Meine Mutter kann sich nicht mehr alleine versorgen, ich muss mich jetzt täglich um sie kümmern. Die Familienpflegezeit bietet da eine gute Lösung: Wer für seine pflegebedürftigen Angehörigen da sein will, muss künftig dafür nicht mehr seinen Beruf aufgeben. Damit haben wir auch einen entscheidenden Schritt gegen Altersarmut geschafft. Gleichzeitig hat der Betrieb keinerlei finanzielles Risiko, weil die Vorleistungen beim Gehalt von der Kreditanstalt für Wiederaufbau kommen.

Bracht-Bendt: Die Familienpflegezeit habe ich von Anfang an unterstützt – deshalb freue ich mich, dass es nun gelungen ist, dieses Gesetz gemeinsam auf den Weg zu bringen. Das Gesetz ist kein Anspruchs- sondern ein Fördergesetz. Damit können Unternehmen punkten, es gibt ihnen die Möglichkeit, ihren Mitarbeitern anstatt einer Gehaltserhöhung einen zusätzlichen Anreiz zu bieten.

► Sie sind Bundesministerin, ha-

ben aber aufgrund der Föderalismus-Struktur nur bedingten Einfluss auf die Politik der Länder. Sollte Familienpolitik Bundessache werden?

Schröder: In bestimmten Bereichen ist Familienpolitik ja Bundessache. Und in anderen Bereichen nimmt die Bundesregierung Einfluss, wie beim Ausbau der Kinderbetreuung, die ja eigentlich Aufgabe der Länder und Kommunen ist. Daher sehe ich keine Notwendigkeit, an der föderalen Struktur in Deutschland etwas zu ändern.

► Die ehemalige Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen hatte sich die Förderung von Mehrgenerationenhäusern auf die Fahnen geschrieben. Wie stehen Sie zu diesen Einrichtungen? Und warum laufen die Förderungen jetzt aus?

Schröder: Die Mehrgenerationenhäuser haben sich in ihrem Umfeld sehr gut bewährt. An diesen Erfolg wollen wir auch künftig anknüpfen. Dabei müssen wir aber berücksichtigen, dass der Bund Projekte auf lokaler Ebene nur befristet fördern darf. Das gilt auch für die Mehrgenerationenhäuser. Die Förderung für die ersten Häuser läuft Ende dieses Jahres aus. Ich habe mich deshalb für ein Folgeprogramm mit neuen inhaltlichen Schwerpunkten stark gemacht, das bereits Anfang 2012 beginnen wird. Dabei geht es um Zukunftsthemen wie Alter und Pflege, Integration und Bildung und Freiwilliges Engagement. Wir stellen dafür bis 2014 rund 50 Millionen Euro zur Verfügung. Insgesamt 450 Mehrgenerationenhäuser können teilnehmen, jedes Haus erhält – wie im bisherigen Aktionsprogramm – einen jährlichen Zuschuss von 40 000 Euro. Es geht also weiter!

► Vom Gemeinderat zum Bundestag

Kristina Schröder, 34, studierte in Mainz Soziologie, Geschichte und Politikwissenschaft. Bereits 1991 trat sie in die Junge Union ein, 1994 in die CDU. Seit 2002 gehört sie dem Bundestag an. Seit 2009 ist sie Familienministerin.

Die 51-jährige FDP-Politikerin Nicole Bracht-Bendt, gelernte Tischlerin, ist seit 1996 in der Politik. Ihre Karriere begann sie im Gemeinderat Kakenstorf. Seit 2009 ist die Mutter zweier Söhne Mitglied des Deutschen Bundestages.

haben. Wenn eine Mutter sich dafür entscheidet, länger zu Hause zu bleiben, um sich ganz ihrem Kind zu widmen, sollten wir das genauso akzeptieren wie den Entschluss, nach einiger Zeit wieder zu arbeiten.

Bracht-Bendt: Ich denke, ein

Großteil der Frauen möchte nach der Geburt ihres Kindes wieder in den Beruf zurückkehren. Durch die Änderung des Unterhaltsrechts sind die Zeiten der „Versorger-Ehe“ vorbei. Daher sind Frauen auch rein rechtlich mehr als bisher selbst für ihre finan-